

EDITORIAL

BERLINER DEBATTE INITIAL 37, 2026/1, 3–4

THOMAS MÜLLER

Editorial

Georgien galt lange Zeit als ein vergleichsweise erfolgreicher Transformationsstaat im postsowjetischen Raum. Die politische und gesellschaftliche Orientierung an Europa, institutionelle Reformen sowie eine aktive Zivilgesellschaft schienen auf eine fortschreitende demokratische Konsolidierung hinzudeuten. Insbesondere nach der Rosenrevolution von 2003 schien Georgien einen Weg einzuschlagen, der rechtsstaatliche Institutionen stärken, politische Pluralität fördern und die Integration in europäische Strukturen vorantreiben sollte. Doch seit dem Machtantritt der Partei „Georgischer Traum“ im Jahr 2012 mehren sich Anzeichen eines gegenläufigen Prozesses. Beobachter:innen verweisen auf eine zunehmende Konzentration politischer Macht, die Schwächung unabhängiger Institutionen, den Ausbau informeller Herrschaftsstrukturen, die Abkopplung von der Europäischen Union sowie wachsenden Druck auf oppositionelle und zivilgesellschaftliche Akteur:innen durch restriktive Gesetze. Dass sich der autoritäre Umbau des Staates in jüngster Zeit beschleunigt hat, zeigen die umstrittene Parlamentswahl vom Oktober 2024, der kurz darauf erfolgte Abbruch von Verhandlungen mit der Europäischen Union und eine Hochschulreform, die das Ziel verfolgt, die kritische Intelligenz mundtot zu machen.

Die Beiträge des Themenschwerpunkts widmen sich Georgiens autoritärer Wende in ihren unterschiedlichen Facetten. Sie analysieren die politische Entwicklung Georgiens seit den 1990er Jahren, den Einfluss der Georgisch-Orthodoxen Kirche, die Gesetze, mit denen die georgische Regierung versucht, zivilgesellschaftliche Akteur:innen zu kontrollieren und zu kriminalisieren, sowie tiefer liegende gesellschaftliche Konfliktlinien. Dabei erscheint Georgien nicht als regionaler Sonderfall. Vielmehr wirft Georgiens politische Entwicklung grundsätzliche Fragen nach den Bedingungen demokratischer Stabilität, den Mechanismen demokratischer Erosion und den Strategien autoritärer Machtsicherung auf.

In der deutschsprachigen Medienöffentlichkeit ist Georgiens autoritäre Wende wenig präsent. Dabei zeigt der georgische Fall, dass demokratischer Rückschritt schrittweise, unter Beibehaltung formaldemokratischer Institutionen und unter Berufung auf demokratische Legitimation vorangetrieben werden kann. Hinzu kommt, dass Georgien aufgrund seiner geopolitischen Lage eine besondere Rolle spielt. Das Land befindet sich an der Schnittstelle zwischen Europa, Russland, dem Kaukasus und dem Nahen Osten. Die politischen Entwicklungen in Georgien berühren daher nicht nur Fragen nationaler Demokratieentwicklung, sondern auch die zukünftige Gestalt der europäischen Sicherheitsordnung. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und der wachsenden geopolitischen Konkurrenz um Einflussphären gewinnt die Frage nach der politischen Zukunft Georgiens zusätzliche Dringlichkeit.

Die fünf Beiträge des Themenschwerpunkts verstehen Georgien nicht als regionalen Sonderfall, sondern ordnen den Versuch, dem Land ein autoritäres Regierungsmodell aufzuzwingen, in die grundsätzlichen Auseinandersetzungen um Demokratie, Macht und politische Ordnung, die gegenwärtig weit über die Grenzen des Kaukasus hinaus geführt werden. Eingeleitet wird der Schwerpunkt von *Zaal Andronikashvili*, der einen kompakten chronologischen und strukturellen Überblick über Ablauf und Mechanismen der autoritären Wende bietet. Anschließend beleuchtet *Stefan Meister* die außenpolitische Entkopplung Georgiens von EU und NATO und die gleichzeitig vertiefte geoökonomische Verflechtung. *Giorgi Kartvelishvili* und *Giorgi Khasaia* legen die politökonomischen Triebkräfte zwischen neoliberaler Staatslogik und Repressionsrepertoires frei. Wie die Übernahme westlicher „Transparenz“-Instrumente – hier: der US-amerikanische „Foreign Agents Registration Act“ (FARA) – in einem politisierten Rechtsrahmen zur „Worst Practice“ degeneriert, analysiert *Vakushti Menabde*. Auf die Rolle der Georgisch-Orthodoxen Kirche gehen schließlich *Beka Mindiashvili* und *Giorgi Ugulawa* ein, indem sie die Transformation religiöser Deutungsmacht in staatliche Kontrolle rekonstruieren.